



REGERINGSKANSLIET

Ministerium des Auswärtigen

Presse- und Informationsreferat

DARF NICHT VOR DIENSTAG,
DEM 18. SEPTEMBER 2001, 14.00 UHR,
VERÖFFENTLICHT WERDEN.

Änderungen vorbehalten

(Nicht offizielle Übersetzung)

Regierungserklärung, abgegeben vom schwedischen
Ministerpräsidenten Göran Persson am 18. September 2001 vor
dem schwedischen Reichstag

Der Tag begann wie jeder andere Tag.

In den Vororten erwachten die Menschen, zogen sich an und frühstückten.
Eltern brachten ihre Kinder in die Schule. Die Vorortszüge und die
Untergrundbahnen waren voll.

Die Wolkenkratzer von Manhattan badeten in einem freundlichen
Spätsommerlicht. Einige tausend New Yorker nahmen die Aufzüge zu ihren
Arbeitsplätzen im World Trade Center.

Das war am 11. September 2001, genau vor einer Woche.

Eure Majestäten,
Eure Königlichen Hoheiten,
Frau Präsidentin,
Mitglieder des schwedischen Reichstags!
Die Terroranschläge in den USA waren ein Anschlag auf uns alle.

Wir wollen eine Welt in Demokratie und Offenheit bauen, in der wir
zusammen lieben und leben können, in Respekt und gegenseitigem
Verständnis.

Wir wollen dass Menschen die Möglichkeit haben frei zu reisen, andere
Länder und Kulturen zu besuchen, Erfahrungen und Wissen auszutauschen,
Kontakte und Freundschaftsbande über die Grenzen hinweg zu knüpfen.

Die Terroranschläge waren eine grausame Erinnerung daran, wie
verwundbar die offene Gesellschaft ist. Eine Erinnerung daran,
wie verwundbar die Demokratie ist wenn sie sich Kräften gegenübergestellt
sieht die bereit sind ihren Kern selbst – die unverletzbare Menschenwürde –
herauszufordern.

Wenn die Demokratie nicht vermag den Terrorismus zu stoppen, dann wird
es dem Terrorismus gelingen die Demokratie zu stoppen.

Alle demokratischen Kräfte der Welt müssen jetzt gemeinsame Front
machen im Kampf gegen den Terrorismus.

Wir müssen uns sammeln zur Verteidigung der offenen Gesellschaft, in der
wir auch weiterhin leben wollen, zur Verteidigung von Demokratie und
Menschenwürde.

Jetzt gilt es zusammenzuhalten – das was uns vereint zu betonen und nicht
das was uns trennt. Über traditionelle Grenzen und Barrieren hinaus – jetzt
gilt es sich zu sammeln.

Es gibt Gründe, die Funktionen der zentralen schwedischen Gesellschaftsordnung während der Tage nach den Anschlägen näher zu untersuchen. Es gibt auch Gründe zu prüfen, wie unsere Gesellschaft gerüstet ist im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die Regierung wird die Initiative zu derartigen Einsätzen ergreifen.

Frau Präsidentin!

Lassen Sie mich auch allen Jugendlichen und Familien, die gestern von dem furchtbaren Busunfall außerhalb von Sundsvall betroffen wurden, mein Mitgefühl und das der Regierung aussprechen.

Dieser Reichstag muss in dem vor uns liegenden Jahr eine Reihe von wichtigen Beschlüssen fassen.

Wir wollen Schwedens Position als führende Wissens- und Forschungsnation befestigen. Wir wollen Schweden als Wohlfahrtsnation und als das in Bezug auf Gleichstellung am weitesten fortgeschrittene Land stärken. Wir wollen dafür sorgen, dass Schweden auch weiterhin die Spitzenposition einnimmt bei der Umstellung zu einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung.

Für jede sozialdemokratische Regierung ist die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die alles überschattende Aufgabe. Die Zielvorgabe, weniger Arbeitslosigkeit und mehr Beschäftigung, wird aufs Genaueste verfolgt.

Infolge einer geringeren Aktivität der amerikanischen Wirtschaft war die internationale Konjunktur bereits vor den Terroranschlägen in den USA schwach. Wie die Weltwirtschaft von dem Eingetroffenen beeinflusst wird,

darüber lassen sich heute noch keine bestimmten Schlusssätze ziehen. Die Beurteilung in der Haushaltsvorlage, die am Donnerstag vorgelegt wird, liegt bis auf weiteres fest. Sollte jedoch die Entwicklung zu steigender Arbeitslosigkeit führen, wird die Regierung nicht zögern neue Maßnahmen einzusetzen.

Schweden steht gut gerüstet bei einem internationalen Konjunkturunbruch wirtschaftlichen Belastungen entgegenzutreten. Die öffentlichen Finanzen sind stark und zeigen Überschuss. Die Inflation ist niedrig und die Beschäftigungsrate hoch. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre war genau auf dies ausgerichtet: Sicherheit zu schaffen, so dass Konjunkturschwankungen nicht erneut dazu führen, dass das schwedische Volk gezwungen wird umfangreiche Sparpakete und Minderungen der Wohlfahrt auf sich zu nehmen.

Schweden soll ein Land in Gerechtigkeit und Geborgenheit sein.

Unsere Vision ist gestaltet im Glauben an den Menschen und seine Fähigkeit sich in Solidarität mit anderen zu entwickeln. Die Wahl steht nicht zwischen Wachstum und Gerechtigkeit. Wir sind überzeugt, dass Entwicklung und Gleichstellung Voraussetzungen für einander sind. Die Entwicklung wird stärker, wenn alle die Möglichkeit erhalten, mitzuwirken und an ihren Ergebnissen teilzuhaben.

Nunmehr erreichen eine lange Reihe von Bemühungen um Wachstum und Gerechtigkeit Schulen und Klassenzimmer, Krankenhäuser und Zentren für ambulante Behandlung, Seniorenwohnheime und häusliche Alten- und Krankenpflege. Jetzt erreichen die Verbesserungen Schwedens Haushalte.

Die Kinder stehen an erster Stelle. Das Recht der Kinder auf sichere Freizeit, Spiel und Erholung – festgeschrieben in Artikel 31 des UNO-Übereinkommens über die Rechte des Kindes – wird verstärkt, ebenso das Recht der Kinder auf Schutz gegen Gewalt und Verletzungen laut Artikel 19. Eine Delegation zur Überprüfung der Unfälle von Kindern wird gebildet.

Zum Jahreswechsel wird die sog. Maxtaxa, der Beitragshöchstsatz, in der Vorschule in den meisten Kommunen des Landes eingeführt. Dadurch, in Kombination mit den Erhöhungen des Kindergeldes in den letzten Jahren, erhalten die meisten Familien mit Kindern eine Verstärkung der Haushaltskasse und gleichzeitig erhalten mehr Kinder Zugang zur Vorschule. Im Jahre 2003 wird die allgemeine und gebührenfreie Vorschule für alle 4- und 5-Jährigen des Landes eingeführt. Eltern mit neu geborenen Kindern erhalten eine längere und bessere Elternversicherung.

Durch die besonderen Einsätze der Regierung für die Schule werden mehr Lehrer und sonstiges Schulpersonal angestellt. Die Klassen können kleiner werden. Das neue System für Ausbildungsförderung wird eingeführt. Der Beitragsteil steigt und der Freibetrag wird kräftig erhöht.

Neun Milliarden Kronen sollen benutzt werden um die Pflege der psychisch Kranken zu verbessern, die ärztliche Grundversorgung zu stärken und die Qualität der Altenfürsorge zu erhöhen. Weitere 3,7 Milliarden Kronen werden reserviert um die Warteschlangen zu verkürzen und die Zugänglichkeit zu Fürsorge zu erhöhen. Ein nationales Aktionsprogramm zur Minderung des Drogenmissbrauchs wird vorgelegt.

Der Beitragshöchstsatz in der Altenpflege wird laut Vorschlag im Sommer in Kraft treten. Ein Vorbehaltsbetrag garantiert einen gewissen Betrag zur eigenen Verfügung wenn die Gebühren bezahlt sind. Ein Schutz gegen hohe Kosten bei der Zahnbehandlung soll für alle Bürger über 65 Jahre eingeführt werden. Die Mehrzahl der Rentner werden im kommenden Jahr eine besondere Steuersenkung erhalten.

Nach Weihnachten wird der Steuerfreibetrag in der Steuererklärung angehoben. Die Lohn- und Gehaltsempfänger werden ab dem nächsten Jahr für Dreiviertel der sog. Eigenabgaben kompensiert. Der Steuerabzug von Gewerkschaftsbeiträgen wird eingeführt. Gemäß den Intentionen der Steuerreform werden weniger Bürger im Zuge der veränderten Steuerskala staatliche Einkommensteuer zahlen müssen. Die Grundsteuer wird gesenkt.

Im vergangenen Sommer wurde die Arbeitslosenversicherung verbessert. Sowohl die Höchstgrenze als auch der Grundbetrag wurden angehoben. Mehr Arbeitslose erhalten nunmehr bei Arbeitslosigkeit eine Entschädigung von 80 Prozent. Weitere Verbesserungen der Arbeitslosenversicherung sollen im kommenden Jahr durchgeführt werden, sofern die staatsfinanzielle Lage dies erlaubt.

Im Dezember wird eine Regierungsvorlage über eine reformierte Berufsunfallversicherung vorgelegt. Große Anstrengungen werden gemacht um die Teilzeitarbeitslosigkeit abzuschaffen. Die Aktivitätsgarantie wird zu einem kraftvollen Instrument entwickelt, um Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zur Arbeit zu verhelfen. Die Anstrengungen, Obdachlosigkeit entgegenzuwirken und die Situation der Obdachlosen zu verbessern, werden fortgesetzt.

Viele Einsätze sollen gemeinsam dazu führen das Ziel zu erreichen, in der Zeit von 1999 bis 2004 die Abhängigkeit von Sozialhilfe zu halbieren.

Die Rechtssicherheit soll verstärkt werden. Im Oktober wird die Polizeihochschule in Växjö eingeweiht. Damit ist während dieser Legislaturperiode die Zahl der Polizeihochschulen von einer auf drei angestiegen. Neunhundert neue Polizisten werden jährlich ausgebildet. Die Reform in Bezug auf Nahbereichspolizei soll abgeschlossen werden. Die Einsätze des Justizvollzugs, um Rückfällen in schwere Kriminalität und Drogenmissbrauch vorzubeugen, sollen erhöht werden. Die internationale

Polizeizusammenarbeit soll weiter entwickelt werden. Der Kriminalität von Jugendlichen soll mit Deutlichkeit begegnet werden, aber gleichzeitig mit Unterstützung, um zu verhindern dass junge Menschen in einen kriminellen Lebensstil verstrickt werden. Der Schutz von Frauen, die Gewalttaten und Drohungen ausgesetzt sind, wird intensiviert. Die Unterstützung von Kriminalitätsopfern, insbesondere Kindern und Jugendlichen, wird verstärkt. Eine Gleichstellungsperspektive durchdringt alle Teile der Regierungspolitik. Das bedeutet, gewohnte Gedankengänge, Arbeitsformen und Normen herauszufordern. Die Regierung wird im Herbst ein Methodenhandbuch vorstellen das als Stütze dienen soll bei der Arbeit, in allen Gesellschaftsbereichen Gleichstellung zu erzielen.

Schweden soll ein Land in Zusammenhalt und Entwicklung sein.

Unsere Straßen, Eisenbahnen, Wasserwege und Flugplätze sollen verbessert werden. Besondere Anstrengungen werden jetzt auf Maßnahmen zur Abhilfe akuter Mängel beim Unterhalt von Straßen und Eisenbahnen verwandt. Ein zusammengehaltenes Programm zur Modernisierung der Infrastruktur wird vorgelegt. Ab 2004 werden 319 Milliarden Kronen reserviert.

Alle Ausbildung – von der Vorschule bis zur Forscherausbildung – soll von höchster Qualität sein. Besondere Einsätze werden gemacht, um die Qualität der Vorschule zu sichern und das Personal weiterzubilden.

Die Arbeit an der Qualitätssicherung in der Grundschule wird intensiviert. Weitere 4 000 Lehrer und Lehrerinnen sollen sich qualifizieren. Der Muttersprachenunterricht wird verstärkt. Alle Schüler und Schülerinnen sollen die Unterstützung erhalten die erforderlich ist, um die einschlägigen Wissensziele zu erreichen. Die neuen Mittel die der Schule zugeteilt werden sollen in erster Linie für die Schüler und Schülerinnen ausgenutzt werden, die eine Verstärkung ihres Wissens benötigen. Ein Entwicklungsplan für die

Schule wird vorgelegt. Die Gymnasialschule wird überprüft, ebenso das Schulgesetz. Für kommunale und freistehende Schulen sollen die gleichen Bedingungen gelten. Das Gewinninteresse darf nicht maßgebend sein.

In der Schule wird die Arbeit an der Wertgrundlage intensiviert. Ein demokratisches Verhalten kommt nicht auf Befehl. Das muss bereits im Klassenzimmer praktiziert werden. Die Bedeutung von Toleranz, Respekt und Verantwortung muss den Unterricht und das gesamte Schulumfeld durchdringen.

Der Ausbau der Hochschule und das verbesserte System für Ausbildungsförderung wird ergänzt durch kraftvolle Bemühungen, die ungleiche Rekrutierung zur Hochschule zu überwinden. Das langfristige Ziel ist, dass die Hälfte eines Jahrgangs im Alter von 25 Jahren an der Hochschule immatrikuliert ist.

Die Kraftsammlung um die schwedische Forschung geht weiter. Unser Ziel ist, binnen zehn Jahren die Abschlüsse bei der Forscherausbildung zu verdoppeln. Schweden soll seine führende Rolle in der Entwicklung der Biotechnik behalten. Die forschungsethische Kontrolle soll deutlicher werden und Einblick und Einfluss der Allgemeinheit soll zunehmen.

Die Arbeit mit regionalen Wachstumsverträgen wird entwickelt. Steuervergünstigungen werden gewissen Unternehmen in den Teilen des Landes mit den stärksten geographischen Standortnachteilen gewährt. Gleichwertige Bedingungen für die Betreibung von Gewerbe im ganzen Land werden erstrebt. Staatliche Einsätze sind in gewissen Fällen erforderlich für bessere Kapitalversorgung. Die Strukturfonds der EU stellen einen wichtigen Beitrag dar. Der Tourismus soll gefördert werden. Der Fernunterricht wird kräftig erweitert. Eine Netzuniversität wird errichtet.

Effizientere Wettbewerbsregeln werden ausgearbeitet, ausgehend von der Perspektive des Verbrauchers. Besser funktionierende Märkte führen zu

niedrigeren Preisen, besserer Qualität und einem erhöhten Angebot von Waren und Dienstleistungen. Kartelle müssen mit Kraft bekämpft werden. Eine Zusammenlegung des Zentralamtes für Wettbewerbsfragen und des Amtes für Verbraucherschutz wird erwogen. Die Regierung wird die Initiative ergreifen zu einer umfassenden und bedingungslosen Auswertung der während der letzteren Jahre durchgesetzten durchgreifenden Deregulierungen und Änderungen der öffentlichen Tätigkeit.

Die Tätigkeit von Kleinbetrieben wird stimuliert. Die Arbeit an einem System für individuelle Qualifizierung wird zu Ende geführt. Die Exportförderung auf strategischen Märkten wird verstärkt, und besondere Anstrengungen werden den Zukunftsbranchen wie Biotechnologie und Informations- und Kommunikationstechnologie gewidmet.

Die Wohlfahrt soll im ganzen Land eine hohe und gleichwertige Qualität haben. In Schweden soll ein weitgehender solidarischer Ausgleich zwischen Kommunen und Provinziallandtagen herrschen. Kommunen mit besonders starkem Bevölkerungsrückgang erhalten mehr Unterstützung um gute Gesellschaftsdienstleistungen zu garantieren. Fortgesetzte wirtschaftliche Unterstützung wird gewährt für die Umstrukturierung kommunaler Wohnungsunternehmen mit vielen leeren Wohnungen. Das Engagement des Staates in Bezug auf die kommunalen Wohnungsunternehmen soll erhöht werden.

Eine starke Entwicklung im ganzen Land setzt voraus, dass die Wachstumsregionen sich weiterhin entwickeln können. Bessere Verkehrslösungen in den Großstädten werden vorgelegt. Die nationale Großstadtpolitik wird weitergeführt. Der Segregation in unseren größeren Städten soll ein Ende gesetzt werden.

Der Wohnungsbau muss erhöht werden. Mindestens 25 000 neue Wohnungen müssen jährlich und nachhaltig in einer Folge von Jahren gebaut

werden. Fast vier Milliarden Kronen werden in den nächsten fünf Jahren dem Wohnungsbau zugewiesen.

Frau Präsidentin!

Im Sommer tanzte Gösta Berling Polka-Mazurka in einer Theaterscheune in Sunne. König Lear prüfte sein Lebenswerk unter freiem Himmel in den Ruinen Gotlands.

In Botkyrka hat sich der viel gepriesene Cirkus Cirkör niedergelassen und studiert mit den Jugendlichen dieses Vororts Zirkuskunststücke ein.

Vom Norden bis in den Süden beschäftigen sich Menschen in örtlichen Vereinen damit, mehr über unsere Zeitgeschichte – das industrielle Kulturerbe – aufzuzeigen und in Erfahrung zu bringen.

Zauberformeln, Eulenpost und magische Schwerter fesseln gegenwärtig eine neue Generation von Lesern. Heute werden in Schweden mehr Bücher verkauft als je zuvor.

Neue junge Filmemacher haben uns in die Vororte mitgenommen, zur ersten Liebe, zu den Wohngemeinschaften der 70er Jahre, und ihre Anhängerschaft wird immer größer.

Die Kultur erreicht mehr Menschen als je zuvor.

Diese positive Entwicklung soll gestärkt werden.

Die regionalen Musik- und Theatereinrichtungen, die freien Theater- und Tanzgruppen sowie die Gesellschaft zur Förderung der Künste und die Tätigkeiten der Volksbildungseinrichtung "Skådebanan" (Schaubühne) sollen mehr Zuschüsse erhalten. Die Ressourcen für die Schulbibliotheken werden angehoben. Kulturell wertvolle Gebiete werden geschützt. Die finanzielle

Unterstützung der Presse wird erhöht und ein besonderer Zuschuss für das Austragen von Tageszeitungen an Samstagen wird eingeführt. Der Aufbau einer Organisationsstruktur für schwedische Form und schwedisches Design wird gefördert. Die multikulturelle Tätigkeit erhält besondere Unterstützung, ebenso wie Sprache und Kultur unserer nationalen Minderheiten – Sami, schwedische Finnen, Tornedaler, Roma und Juden. Eine Anlage zur Erhaltung von alten Filmen wird in Grängesberg eingerichtet. Die erheblich herabgesetzte Mehrwertsteuer bei Büchern muss allen Bücherliebhabern in Schweden zugute kommen.

Die Regierung führt ihre langjährigen kulturellen Einsätze fort. Die Begründung ist einfach.

Ich möchte die Worte eines jungen Lesers der "Kameratposten", einer schwedischen Kinder- und Jugendzeitschrift zitieren:

"Phantasie ist das wichtigste was es gibt, wenn man ein glückliches Leben führen möchte. Man wird gescheiter, man wird fröhlicher und man versteht die Probleme der Welt besser."

* * *

Die Bereitschaft der Menschen zu arbeiten ist der größte Reichtum der Nation. Das Wissen und die Kreativität aller Menschen soll genutzt werden. Jeglicher Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt muss Einhalt geboten werden. Die technischen Möglichkeiten zur Anpassung der Arbeitsplätze an die Bedürfnisse behinderter Menschen müssen genutzt werden.

Eine moderne Arbeitswelt erfordert eine Anpassung an die Lebensbedingungen und Voraussetzungen der Menschen. Der Stress muss abnehmen. Die Einflussnahme der Arbeitnehmer auf die Gestaltung ihrer Arbeit und Arbeitszeit muss stärker werden. Eine Vollzeitbeschäftigung sollte die Norm sein, Teilzeit eine Möglichkeit. Alle Frauen und Männer müssen das Recht auf eine Arbeit haben, mit der sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen können. Einer unfreiwilligen Teilzeitbeschäftigung und Anstellung

auf Stundenbasis wird entgegengewirkt. Lohn- und Gehaltsdiskriminierung werden bekämpft.

Nationale Ziele zur Verbesserung der Gesundheit in der Arbeitswelt werden formuliert. Ein Gesundheits-Audit wird als Modell für eine gesündere Arbeitswelt erprobt. Die traditionellen Einsätze im Bereich Arbeitsumwelt werden intensiviert. Der Trend zu immer mehr und langwierigeren Erkrankungen muss gebrochen werden. Stärkere finanzielle Anreize sollen die Arbeitgeber dazu stimulieren, eine größere Verantwortung für die Bedingungen am Arbeitsplatz sowie für vorbeugende und rehabilitierende Arbeitsaufgaben zu übernehmen. Die Regierung lädt die Tarifparteien zu Gesprächen und zur Mitwirkung beim Abbau schädlicher Faktoren ein. Der öffentliche Sektor muss ein Vorbild sein für die Gestaltung einer menschlicheren Arbeitswelt. Schweden braucht mehr Arbeitnehmer in der Wohlfahrt. Die Arbeitsbedingungen müssen um ein Vielfaches besser werden, um viel mehr jungen Menschen die Wahl eines Berufes in der Wohlfahrt zu erleichtern.

* * *

Frau Präsidentin!

Die Entwicklung Schwedens soll nicht nur wirtschaftlich und sozial nachhaltig sein. Wir müssen eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft bauen.

Wachstum, das durch Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit und Lebensqualität, durch Zerstörung der Umwelt oder durch Ausbeutung der natürlichen Ressourcen erzielt wird, ist im Grunde kein Wachstum – die langfristigen menschlichen, ökologischen und sozialen Kosten übersteigen die kurzfristigen ökonomischen Gewinne.

Der engen Verflechtung von Gesundheit und Umwelt wird besonders Rechnung getragen. Schädliche Chemikalien müssen beseitigt werden.

Initiativen zur Verbesserung des Klimas in den Häusern werden ergriffen. Luft oder Baustoffe dürfen in unserem Wohnbereich, am Arbeitsplatz, in den Schulen und Tagesstätten kein Gesundheitsrisiko ausmachen.

Die Nahrungsmittel sollen sicher, nachhaltig und unter ethischen Auflagen produziert werden. Schweden wird sich für die Reformierung der gemeinsamen Agrarpolitik der EU stark machen. Der Tierschutz wird verbessert, eine Tierschutzbehörde wird eingerichtet.

Die Artenvielfalt in den Meeren, in den Wäldern und im ländlichen Raum soll gewahrt werden. Besonders wertvolle Naturgebiete, Lebensbereiche und Arten werden unter dauerhaften Schutz gestellt.

Der Klimapolitik wird auf nationaler Ebene und in der internationalen Zusammenarbeit im Rahmen von EU und UNO höchste Priorität eingeräumt. Die Emissionen von Treibhausgasen in Schweden sollen reduziert werden. Das Kyoto Protokoll wird ratifiziert. Die Vorbereitungen für den entscheidenden Gipfel zur nachhaltigen Entwicklung in Johannesburg im nächsten Jahr sind in vollem Gange. Zur Unterstützung der Klimapolitik wird auch weiterhin die grün geprägte Umschichtung der Steuern fortgesetzt. Die CO₂-Steuer und die Steuern für den Stromverbrauch werden angehoben, während die auf Arbeit entfallenden Steuern gesenkt werden.

Erneuerbare Energien und eine effizientere Nutzung von Energien und Ressourcen sollen durch neue und stärker auf den Markt ausgerichtete Steuerungsmechanismen gefördert werden. Schweden soll insbesondere im Nord- und Ostseeraum einen aktiven Beitrag zur Entwicklung des europäischen Binnenmarkts für Energie leisten. Der zweite Reaktor von Barsebäck wird dann vom Netz gehen, wenn die vom Reichstag aufgestellten Bedingungen erfüllt sind, was nach Meinung der Regierung spätestens vor Ablauf des Jahres 2003 der Fall sein dürfte.

* * *

Frau Präsidentin!

Genau heute vor 40 Jahren kam der damalige Generalsekretär der UNO, Dag Hammarskjöld, bei seinem Einsatz für das Recht aller Menschen, in Frieden und Freiheit leben zu können, ums Leben.

Noch heute inspiriert sein Andenken unser tiefes Engagement für eine von Krieg und Unterdrückung befreite Welt.

Schweden soll bei den Bemühungen für eine weltweite Gerechtigkeit an vorderster Front stehen.

Die Entwicklung wird erst nachhaltig sein, wenn alle Länder und Menschen daran teilhaben können. Trotz der Zunahme des gesamten Wohlstands in der Welt, wird die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer. Demokratie, Wohlstand und Menschenrechte müssen allen zuteil werden. Mehr Möglichkeiten erfordern auch eine größere Verantwortung. Die Regierungen der Welt haben sich zum Ziel gesetzt, die Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

Die schwedische Politik für eine globale Entwicklung wird intensiviert. Die Entwicklungshilfe nähert sich dem Einprozentziel. Die Bemühungen zur Erleichterung der Schuldenlast der armen Länder setzen fort. Der neue, von den Vereinten Nationen eingerichtete Weltfonds für Aids und Gesundheit wird umfassend unterstützt.

Ein freier und offener Handel nach vereinbarten Spielregeln ist das stärkste Instrument für die Entwicklung und Verbreitung wirtschaftlicher Erfolge. Schweden setzt sich dafür ein, dass die Welthandelsorganisation im November Verhandlungen aufnehmen kann, die sich vorrangig mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer befassen.

Die Arbeit an einer schwedischen Globalisierungsstrategie wird zu Ende geführt. Demokratische Gegengewichte sind notwendig. Maßnahmen zur

Schaffung eines robusten internationalen Finanzsystems, beispielsweise in der EU und in ähnlicher internationaler Zusammenarbeit, werden erwogen.

Die Regierung soll auf allen internationalen Gremien gemeinsam mit den progressiven Kräften die Entwicklung zu mehr Gerechtigkeit auf internationaler Ebene aktiv voranbringen.

Die Rolle und die Aufgaben der UNO wachsen. In einer Zeit der starken Internationalisierung und größeren Mobilität steigt auch der Bedarf nach einer gemeinsamen Wertegrundlage. Die UNO und ihr Sicherheitsrat tragen die übergreifende Verantwortung zur Wahrung des internationalen Friedens und der Menschenrechte. Schweden soll in jeder erdenklichen Weise dazu beitragen, dass die UNO von allen Ländern respektiert wird, dass sie effizient funktioniert und ausreichend Ressourcen erhält.

Die schwedische Ratspräsidentschaft in der EU verlief erfolgreich und vermittelte dem Land umfassende Kenntnisse über die europäische Zusammenarbeit. Eine in allen Kreisen auf breiter Linie geführte Debatte über die zukünftige Zusammenarbeit in der EU wird gefördert.

Ausgehend von den unter anderem auf dem Stockholmer Gipfel getroffenen Beschlüssen will die Regierung einen Beitrag zur Umsetzung von Wirtschaftsreformen und Vollbeschäftigung in Europa leisten. Es liegt im Interesse Schwedens, dass die Einführung der Euro-Banknoten und -Münzen ein Erfolg wird. Die Zusammenarbeit in der EU im rechtlichen Bereich wird verstärkt.

Schweden soll im Zusammenspiel mit den europäischen Staaten eine großzügige und humane Flüchtlingspolitik führen.

Im Zuge der Erweiterung der EU und der Integration Rußlands in die europäische Zusammenarbeit ergreifen wir die historische Gelegenheit, einen Schlussstrich unter die Aufteilung eines Europa in Ost und West zu ziehen.

Die Regierung setzt sich dafür ein, dass die Erweiterung nach den auf dem EU-Gipfel von Göteborg festgelegten Zielvorgaben und Zeitplänen durchgeführt wird. Handel, Entwicklungshilfe und Krisenmanagement sollen wichtige Bestandteile bei der Ausarbeitung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sein.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl im Nahbereich, im Norden und im Ostseeraum soll gestärkt werden. Als Vorsitzender des euro-arktischen Barentssee-Rates in den Jahren 2001-2003 wird Schweden den Schwerpunkt auf die Entwicklung in einer riesigen und reichen Region legen.

Die sicherheitspolitische Linie Schwedens, nämlich die militärische Bündnisfreiheit mit der Möglichkeit, im Falle eines Konflikts in unserem Nahbereich neutral sein zu können, hat sich bewährt.

Die Ereignisse der letzten Zeit illustrieren erneut, dass die Bedrohungen unserer Sicherheit vielschichtig sein können.

Die Regierung strebt eine breite Unterstützung der sicherheitspolitischen Linie Schwedens mit einer militärischen Bündnisfreiheit als Grundlage an. Die konstruktiven Beratungen mit den Vertretern der Reichstagsparteien über die Formulierung dieser Linie werden weitergeführt.

Die Reform der Gesamtverteidigung wird fortgesetzt. Die Verpflichtung zur Gesamtverteidigung wird modernisiert.

* * *

In diesem Jahr wird das allgemeine und gleiche Wahlrecht 80 Jahre alt.

Ein Mensch, eine Stimme – dies ist der Grundgedanke der Demokratie. Er ruht auf dem Grundsatz der Gleichwertigkeit aller Menschen, der Unverletzbarkeit jedes einzelnen Menschen.

Dies ist der größte und schönste Gedanke unserer Epoche.

Die Terroranschläge in den USA haben erneut die Einsicht verstärkt:

Demokratie kann niemals als selbstverständlich vorausgesetzt werden.
Sie muss immer von neuem errungen werden.

Die Regierung setzt ihre Tätigkeit fort, durch die Vermittlung von Wissen, Forschung und das Gedenken an den Holocaust die Demokratie und die Menschenwürde zu festigen. Die Erinnerung an den Holocaust birgt nicht nur eine Möglichkeit, von den dunklen Seiten der Geschichte zu lernen. Die Geschichte zeigt uns auch die guten Vorbilder, die wir in der heutigen Arbeit zur Stärkung der Demokratie benötigen.

Ein solches Vorbild, das wegen seines unermüdlichen Einsatzes für die Würde des Menschen immer in Erinnerung behalten werden soll, ist Raoul Wallenberg. Die Regierung wird eine Untersuchungskommission zur Prüfung der Haltung der außenpolitischen Leitung im Fall Raoul Wallenberg einberufen.

2003 wird in Stockholm eine neue Behörde – das Forum für lebendige Geschichte – eingerichtet, die sich mit Fragen der Demokratie, Toleranz und Menschenrechte, ausgehend vom Holocaust, befassen wird. Die neue Behörde wird ihren Sitz in Stockholm haben, jedoch im ganzen Land wirken.

Die jährlich wiederkehrende Regierungskonferenz Stockholm Internationales Forum fand im Januar 2001 zum Thema "Im Kampf gegen Intoleranz" statt. Sie war eine internationale Kraftanstrengung zur Erhöhung der Bereitschaft zur Bekämpfung von antidemokratischen Kräften und Intoleranz in allen ihren Formen. Mit einer weiteren internationalen Konferenz im ersten Halbjahr 2002 setzt die Regierung ihre Bemühungen um die Bekämpfung ethnischer Konflikte und die Verhinderung von Völkermord in der Zukunft fort.

Frau Präsidentin!

Die Gleichwertigkeit aller Menschen ist weltweit in internationalen Übereinkommen und nationalen Gesetzen festgeschrieben. Doch das wichtigste Mosaiksteinchen kann nie durch das Gesetz vorgegeben werden.

Wir selbst bilden die Demokratie.

In der Begegnung der Menschen entscheidet sich die Stärke der Demokratie.

Demokratie räumt niemals nur Rechte ein. Sie beinhaltet auch Pflichten.

Sie verlangt von jedem einzelnen, niemals Gleichgültigkeit oder Vergessenheit walten zu lassen.

Sie verlangt von jedem einzelnen eine aktive Stellungnahme.